

Jahresbericht 2009

«Eure Unterstützung ist wichtig für unseren Kampf!»

Inhalt

Editorial	2
Die Stiftung SOLIFONDS	2
Beitragsversprechen	3
1.-Mai-Aktion	6
Weitere Aktionen	8
Information und Vernetzung	12
Wechsel im Koordinationsbüro	14
Solidarität aus Auftrag und Perspektive	16
Wie finanziert der SOLIFONDS seine Aktionen	17
Bilanz	17
Rechnung	18
Kommentar zur Jahresrechnung	18
Lateinamerika: Demokra- tisierung in Gefahr	20



Frauen spielen im Kampf für soziale Gerechtigkeit eine entscheidende Rolle – beispielsweise in Peru.
Foto: Urs Sekinger

«Am 24. November 2008 verfügte das Minenunternehmen PERUBAR AG, eine Tochtergesellschaft der schweizerischen GLENCORE, die sofortige Schliessung der Zinkmine ROSAURA im Distrikt Chicla. 500 Arbeiter verloren von einem Tag auf den anderen ihre Beschäftigung. Wie viele andere Minengesellschaften benutzte PERUBAR Ende 2008 die Finanz- und Wirtschaftskrise als Vorwand, um massiv und willkürlich Tausende von Minenarbeitern zu entlassen.»

Was Janet Barzola, Generalsekretärin der Vereinigung der Minenfrauen in Peru, beschreibt, ist weltweit Millionen von Menschen widerfahren. Die Auswirkungen der profitorientierten Weltwirtschaft zeigen sich auf verschiedenste Weisen: Kleinbauernfamilien in Indonesien werden verjagt, weil sich Agrounternehmen deren Land zur Produktion von Agrotreibstoff aneignen. Kolumbianische Indigene werden vertrieben, weil Staudämme gebaut werden, von denen sie keinen Nutzen haben. Obdachlosen in São Paulo wird nicht einmal ein verfallenes Gebäude überlassen.

In Marokko müssen Frauenorganisationen hart für die Durchsetzung kleinster Schritte zur Gleichberechtigung kämpfen. Und in Honduras bringt ein Militärputsch die alte Oligarchie an die Macht zurück, ein gefährliches Zeichen für die Demokratiebestrebungen in ganz Lateinamerika.

Davon berichten wir in diesem Jahresbericht auf den folgenden Seiten. Vor allem aber berichten wir von den Menschen, die dagegen Widerstand leisten. Wir geben Rechenschaft, wie wir – dank Ihrer Unterstützung – diesen Widerstand unterstützen konnten. Und wir möchten den Dank unserer Partnerorganisationen – stellvertretend im Titel jener der Minenfrauen – an Sie weitergeben.

Die Stiftung SOLIFONDS

Der SOLIFONDS bezweckt laut Stiftungsurkunde, «den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt und den Kampf um die Erringung und Gewährleistung der Menschenrechte, insbesondere der politischen und gewerkschaftlichen Grundrechte in der ganzen Welt zu unterstützen sowie darüber in der Schweiz zu informieren.»

Die Stiftung wird getragen vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB, der SP Schweiz, dem Schweizerischen ArbeiterInnenhilfswerk SAH und den entwicklungspolitischen Organisationen Afrika-Komitee, AAB Südliches Afrika, Erklärung von Bern (EvB), Guatemala-Komitee, Magasins du Monde, Nicaragua- und El-Salvador-Komitees, Schweiz. Unterstützungskomitee für das Sahraische Volk, terre des hommes Schweiz, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK), Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika (FEPA).

Dem Stiftungsrat gehören an:

SGB: Dan Gallin, Hans Schächli (Präsident), Jean Christophe Schwaab;

SPS: Julia Gerber Rüegg, Daniel Gähwiler (ab 2009), Remo Gysin, Urs Hänsenberger (bis Ende 2008);

SAH: Ruth Daellenbach, Bruno Gurtner (ab 2009), Anne Gurzeler (bis Ende 2008), Peter Schrembs;

Mitstifter: Thomas Braunschweig (EvB, ab 2009), Dieter Drüssel (Zentralamerika-Sekretariat), Anne-Kathrin Glatz (EvB, bis Ende 2008) Barbara Müller (Afrika-Komitee), Stephan Suhner (ASK).

Koordination: Brigitte Anderegg (bis 30. Sept. 2009), Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann (ab 1. September 2009).

Buchhaltung: Bruno Hangarter.

Liebe Leserin, lieber Leser,



Ein Jahr nach der Finanz- und Bankenkrise vom Herbst 2008 scheint die Welt wieder in Ordnung zu sein: Die am Abgrund stehenden Banken wurden mit Milliardenbeträgen auf Kosten der SteuerzahlerInnen gerettet und die Bankaktien und die Börsenkurse steigen wieder. Der Swiss Market Index hat seit vergangenem März um fünfzig Prozent zugelegt.

Für die Lohnabhängigen ist die Krise allerdings noch keineswegs vorbei. Beinahe täglich hören wir von Stellenabbau und Entlassungen. Ebenfalls nicht vorbei ist die Krise für die breiten Bevölkerungsschichten in den Ländern des Südens. Diese Länder sind in den Strudel der Weltwirtschaftskrise geraten, ohne dass sie diese verursacht hätten. Dafür werden sie jetzt am härtesten getroffen vom Rückgang der Exporte, vom Kapitalabfluss, vom Rückgang der Investitionen und der Geldüberweisungen der EmigrantInnen in ihre Herkunftsländer. Die Pro-Kopf-Einkommen gehen in den meisten Ländern des Südens zurück. Die jetzt schon grosse Armut und der Hunger nehmen zu. Die Ziele der UNO, die Armut bis 2015 weltweit zu halbieren, sind in noch weitere Ferne gerückt.

Die «Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer» (G-20), der Club der zwanzig reichsten Länder, hat sich zu einer Art Weltregierung inthronisiert, ohne jede demokratische Legitimation. An der jüngsten Konferenz von Ende September 2009 in Pittsburgh musste sich der UNO-Generalsekretär mit einer Statistenrolle begnügen, während sich die G-20 zur zentralen Instanz zur Krisenbewältigung aufschwang. Damit ist die Welt wieder, wie vor dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion, dreigeteilt: in die reichen Länder der Zentren, die wichtigen Schwellenländer und die Dritte Welt der armen Länder, die nach der Pfeife der G-20 zu tanzen haben.

In Sachen Krisenbekämpfung hat, was die Interessen der breiten Bevölkerungsschichten angeht, die G-20-Konferenz nichts Wesentliches erreicht. Das war allerdings auch nicht das Thema, vielmehr ging es um die Stabilisierung des Finanzsystems im Interesse des Kapitals und der Vermögensbesitzer. Dabei werden der IWF und die Weltbank wieder ins Spiel gebracht, ausgerechnet die Institutionen, welche beispielweise mit den von ihnen diktierten Strukturanpassungsmassnahmen einen wesentlichen Beitrag zur heutigen Weltwirtschaftskrise geleistet haben.

Allerdings lässt sich verstärkt Widerstand feststellen. Eine ganze Reihe von lateinamerikanischen Staaten arbeiten an den Grundlagen für eine eigenständige, selbstbestimmte Entwicklung. Volksorganisationen, Gewerkschaften, Frauenorganisationen kämpfen für grundlegende Veränderungen, für Zugang zu Ressourcen, für ihre Rechte. Sie sind dringend auf internationale Solidarität angewiesen – auch der SOLIFONDS ist gefordert.

In diesem Jahresbericht zeigen wir auf, wo der SOLIFONDS im Berichtsjahr wichtige und nötige Unterstützung geleistet hat. Ohne unsere Beitragsversprechenden und Spenderinnen und Spender wäre das nicht möglich gewesen. Dafür danke ich Ihnen allen ganz herzlich.

Last but not least: Im Team des SOLIFONDS hat es im Berichtsjahr einen Wechsel gegeben. Nach 19 Jahren Arbeit als Koordinatorin hat Brigitte Anderegg den SOLIFONDS verlassen, weil sie sich nochmals einer anderen Tätigkeit zuwenden will. Wir bedauern dies sehr, denn Brigitte Anderegg hat den SOLIFONDS geprägt und ihm ein professionelles Gesicht verliehen. Mit Yvonne Zimmermann konnte eine neue Koordinatorin gewonnen werden, welche eine grosse Erfahrung in der Solidaritätsarbeit mitbringt und welche die jüngere Generation im SOLIFONDS vertreten kann.


Hans Schächli, Präsident

Beitragsversprechen 1/2009: Frauenrechte und Gewerkschaftsfreiheit im Maghreb

Um den Maghreb scheint es ruhig geworden zu sein, aber in den einzelnen Ländern brodelt es. Nur mit Repression und Menschenrechtsverletzungen gelingt es den jeweiligen Regimes, den Status quo aufrechtzuerhalten. Gewerkschaften und Frauenorganisationen setzen sich demgegenüber für soziale Besserstellung und demokratische Verhältnisse ein. Der SOLIFONDS hat mit seiner Unterstützungsaktion im Frühjahr drei solche Initiativen unterstützt.

Marokko: Solidaritätskarawanen für Frauenrechte

2450 EinwohnerInnen zählt der im Süden von Marokko gelegene Weiler (Douar) Tinouainane. Die 30 Kilometer lange Strasse bis zur Provinzhauptstadt Taroudant, im Hinterland von Agadir, ist nur zur Hälfte geteert. Es gibt keine medizinische Versorgung. Das kleine Schulgebäude muss für 192 SchülerInnen reichen, eine Bibliothek oder einen Sportplatz gibt es nicht. 58 Prozent der Männer und 87 Prozent der Frauen können weder lesen noch schreiben. In diesem Weiler traf am 14. Mai die Solidaritätskarawane ein und stellte ihr grosses Zelt auf. Sechzehn Organisationen, in erster Linie lokale und regionale Frauengruppen,



Im und um das Zelt der Solidaritätskarawane diskutieren Frauen über Frauenrechte, Gesundheits- und Erziehungsthemen.

Foto: cfd – die feministische Friedensorganisation

hatten unter der Leitung der LDDF (Ligue Démocratique pour les Droits de la Femme) einhundert Freiwillige, teils Berufsleute, organisiert und für die Karawane vorbereitet. Ziel war es, mit den EinwohnerInnen von Tinouainane und den umliegenden Weilern zusammenzukommen, um über Frauenrechte sowie soziale und Gesundheitsprobleme zu sprechen und Lösungen zu suchen. Denn Armut, Analphabetismus und Ignoranz sind Ursache für die meisten Probleme, schreibt die LDDF: «Die Nichtbeachtung des Familiengesetzes hat für Frauen und Kinder viel Leid zur Folge: Verstossung, Gewalt, Polygamie, Rechtlosigkeit, und nicht selten haben Kinder keinen legalen Status, da sie nicht registriert werden.»

In den folgenden drei Tagen besuchten 520 BewohnerInnen des Weilers medizinische Konsultationen bei den ÄrztInnen und erhielten zum Teil direkte Pflege. 62 Menschen erhielten Rechtsberatung durch JuristInnen. 1'500 Frauen und Männer beteiligten sich an Informationsveranstaltungen über Frauenrechte, an denen auch die Schwierigkeiten des Schulbesuches von Mädchen, der Kampf gegen den Analphabetismus und der Schutz der Umwelt zur Sprache kamen. Es gab ein Atelier, in dem die Bedeutung von Kooperativen für Frauen und Mädchen als eine Strategie zur

Armutsüberwindung diskutiert wurde. Frauen von andern Weilern berichteten, wie sie dadurch bessere Resultate in der Argan-Ölproduktion oder der Ziegenaufzucht erreichen konnten.

«Das riesige Interesse vor allem von Frauen und Kindern zeigt, wie gross das Bedürfnis und die Wichtigkeit sind, über die Frauenrechte sowie Gesundheits- und Erziehungsthemen zu informieren», folgert die LDDF in ihrem Schlussbericht.

Eine zweite, etwas kleinere Karawane begab sich am 30. und 31. Mai nach Hajr Enhal, einem Weiler im Hinterland von Tanger. Hier nahmen insgesamt 840 Personen an den gleichen Veranstaltungen teil.

In erster Linie konnte die betroffene Bevölkerung von den beiden Karawanen profitieren. Aber auch die lokalen und regionalen Gruppen haben ihre Verankerung in diesen Gebieten und die Zusammenarbeit mit der LDDF vertieft. Ausdruck hat dies in einem Katalog von Forderungen und Empfehlungen bezüglich der Gesetzgebung, der Schulbildung, der Gesundheit und der Wirtschaft gefunden. Diesen umzusetzen wird die Aufgabe in naher Zukunft sein. (45'000 Franken)

Nach langem Kampf von Frauenorganisationen wurde 2004 in Marokko ein neues Familiengesetz eingeführt, das als das fortschrittlichste im Maghreb gilt. Nach nunmehr fünfjähriger Geltung bestehen jedoch weiterhin schwerwiegende Ungerechtigkeiten gegenüber den Frauen in Bereichen wie Scheidung, Alimente und Erbschaft, Polygamie, Verheiratung von Minderjährigen. Zudem werden das Gesetz und die rechtliche Besserstellung der Frauen zunehmend von religiös-fundamentalistischen Kräften bekämpft, die jeden Fortschritt in der Gleichberechtigung zurückdrehen wollen.

Algerien: Gewerkschaftliche Bildung für Frauen

Dank des Erdöl- und Erdgasreichtums könnte es den Menschen in Algerien gut gehen. Doch dieser Reichtum verschwindet in den Taschen weniger, die sozialen Probleme sind gross. Und wie in Tunesien wird Kritik an der Regierung und deren Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht geduldet, die ArbeiterInnenschaft kontrolliert und notfalls gewaltsam in die Schranken gewiesen. Trotzdem haben sich in verschiedenen Bereichen unabhängige Gewerkschaften gebildet, die mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, aber, ohne sich einschüchtern zu lassen, ihr Ziel eines sozialen und gerechten Algeriens weiterverfolgen.

Zu ihnen gehört die unabhängige Gewerkschaft der Angestellten der öffentlichen Verwaltung (SNAPAP). Deren Frauenkommission ersuchte den SOLIFONDS um die Finanzierung einer gewerkschaftlichen Grundausbildung für Frauen. Ziel dieser Ausbildung ist es, den Gewerkschafterinnen jene Werkzeuge zu vermitteln, die in der Kommunikation, der Verhandlungsführung und der gewerkschaftlichen Frauen-



Gewerkschafterinnen durch Bildung stärken.

Foto: SNAPAP

förderung benötigt werden. Das heisst konkret, die Stellung der Frauen innerhalb der Gewerkschaften und gegen aussen zu stärken.

Vom 14. bis 16. Juni haben dreissig Gewerkschafterinnen aus dem ganzen Land an dieser Ausbildung teilgenommen. Zurück an ihren Arbeitsstellen und Herkunftsorten werden sie jetzt als Multiplikatorinnen funktionieren. (15'000 Franken)

Tunesien: CGTT, Gafsa und ILO-Delegation

Im ersten Halbjahr 2008 fanden im tunesischen Gafsa, 350 Kilometer südwestlich der Hauptstadt Tunis, massive Proteste gegen mafiöse und auf Korruption beruhende Einstellungspraktiken bei der Bergbaugesellschaft CPG (Compagnie des Phosphates de Gafsa) statt. Die zunehmend heftigeren aber friedlichen Proteste weiteten sich regional aus, mit Streiks, Besetzungen und Demonstrationen von vielen Tausend Menschen. Die Bewegung wurde gewaltsam unterdrückt, es kam zu mehreren Toten. Die

Protestanführer wurden in einem unfairen Verfahren zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Auf Anfrage des unabhängigen Gewerkschaftsbundes CGTT hat der SOLIFONDS einen finanziellen Beitrag zur Verteidigung der Angeklagten geleistet. (7'500 Franken). Ausserdem hat er der CGTT ermöglicht, bei der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Genf eine Klage gegen Tunesien einzureichen. Die CGTT wirft dem tunesischen Staat insbesondere die Verletzung der Konventionen über die Gewerkschaftsfreiheit vor. Im Juni hat das zuständige Komitee der ILO Empfehlungen verabschiedet, die Tunesien auffordern, die Vereinigungsfreiheit zu gewähren und alle Gewerkschaften, nicht nur die dem staatlichen Gewerkschaftsbund UGTT angeschlossenen, anzuerkennen. (3'200 Franken)



Frauen protestieren gegen die unfairen Gefängnisstrafen für die Gewerkschaftsführer in Gafsa. Foto: PD

Beitragsversprechen 2/2009: Aktionskasse Streik in Kolumbien, Protestmarsch in Indien: Rasche Unterstützung ist nötig



Streikende Arbeiter der Gewerkschaft SINTRAIME im Bahnhof von Bosconia kurz vor dem brutalen Polizeieinsatz. Foto: SINTRAIME

Kolumbien: SINTRAIME – Streik bei Glencore

Im Frühling kam es im Norden Kolumbiens bei mehreren Bergbaufirmen zu Arbeitskonflikten; der schwerste und am längsten dauernde trug sich bei FENOCO zu, dem Eisenbahnunternehmen, das für Glencore-Xstrata und Drummond die Kohle zu den Verladehäfen transportiert. Im November 2008 wurde hier eine Sektion der Gewerkschaft SINTRAIME gebildet, die dem Unternehmen einen Forderungskatalog für einen Gesamtarbeitsvertrag unterbreitete. FENOCO weigerte sich, darüber zu verhandeln, unter dem Vorwand, dass SINTRAIME als Metallarbeitergewerkschaft die Arbeiter eines Transportunternehmens gar nicht rechtmässig organisieren dürfe. Der wahre Grund lag allerdings darin, dass SINTRAIME als kämpferische Gewerkschaft gilt. SINTRAIME argumentierte, dass die Arbeit zum Schienenunterhalt sehr wohl mit Metallarbeit zu tun habe, andererseits änderte sie die Statuten ab und nahm auch Transportarbeiter auf. Ende März 2009 kam es zu einem Streik, der trotz verschiedener Dialogversuche am 19. April 2009 gewaltsam aufgelöst wurde. Am 22. April entschied das

Arbeitsgericht von Santa Marta, dass der Streik legal gewesen war und dass FENOCO mit der Gewerkschaft verhandeln müsse. Dieses Urteil wurde jedoch vom Obersten Gericht im Juni wieder umgestossen, worauf FENOCO umgehend mit der Entlassung von 25 Arbeitern, darunter auch 8 Angehörigen der Gewerkschaftsspitze, reagierte. Der SOLIFONDS, der den Streik mit 15'000 Franken unterstützt hatte, protestierte bei der Unternehmensführung gegen dieses gewerkschaftsfeindliche Vorgehen. (15'000 Franken)

Indien: Ekta Parishad – Mobilisierung der Landlosen in Kerala

Die Massenbewegung Ekta Parishad (Solidarischer Bund) kämpft für die Rechte der Landlosen in Indien, vor allem der UreinwohnerInnen (Adivasi) und Kastenlosen (Dalits). Der SOLIFONDS hat diesen Kampf schon mehrmals unterstützt, unter anderem im Jahr 2007, als Ekta Parishad einen Marsch von 25'000 Landlosen in die Hauptstadt Delhi organisierte, um von der Regierung konkrete Massnahmen zur Umsetzung der Landreform zu fordern. Die «Janadesh» genannte Mobilisierung brachte Erfolg: Die Regierung setzte eine nationale Landreformkommission ein, und das Parlament verabschiedete ein Gesetz über die Waldnutzungsrechte der UreinwohnerInnen. Dieses Gesetz lässt jedoch diverse Schlupflöcher und Interpretationsspielräume offen, und in den einzelnen Bundesstaaten muss weiter Druck auf die Regierungen ausgeübt werden, damit die Rechte der marginalisierten Bevölkerungsschichten respektiert werden. So auch im südindischen Bundesstaat Kerala, wo Ekta Parishad einen Fussmarsch (Padyatra) der Landlo-

sen plant. Bereits sind mit der Unterstützung des SOLIFONDS die Vorbereitungen des Marsches angelaufen: In vier Gebieten des Bundesstaats wurden Versammlungen mit der lokalen Bevölkerung und den Behörden durchgeführt, an denen die Landproblematik diskutiert und die Rechte der Landlosen und UreinwohnerInnen eingefordert wurden. Anfang 2010 wird mit dem restlichen Unterstützungsbeitrag des SOLIFONDS ein Marsch durch den Bundesstaat Kerala stattfinden, mit dem Ziel, die verschiedenen Landkämpfe zu verbinden und Druck auf die Regierung auszuüben. (14'000 Franken)



Vorbereitungstreffen von Landlosen in Kerala. Foto: Ekta Parishad

Beitragsversprechen 3/2009: Indonesien WALHI – Widerstand gegen Palmölgiganten und die Produktion von Agrosprit

Indonesien ist innerhalb weniger Jahre zum weltgrössten Produzenten und Exporteur von Palmöl aufgestiegen. Schon sieben Millionen Hektaren Regenwald und Torfmoore wurden für Ölpalmen – und damit für den Agrosprit – geopfert. Im Dorf Karang Mendapo auf der Insel Sumatra holzte der Konzern Sinar Mas quasi über Nacht mehr als 600 Hektaren des alten Torfwaldes ab. Dadurch verloren die Bauern einen Teil ihres Einkommens und Lebensunterhalts. Sinar Mas speiste sie mit Almosenzahlungen ab. Doch die Bauern haben sich organisiert und protestieren öffentlich gegen das ihnen widerfahrene Unrecht. Nachdem der Konzern sie zur Rückzahlung von vier Millionen Euro zwingen wollte, die er bei der Bank im Namen der Bauern aufgenommen habe, antworteten diese im August 2008 mit der Besetzung der Plantage. Daraufhin wurden sie Opfer von Einschüchterungen und Misshandlung. Der SOLIFONDS hat der ältesten indonesischen Umweltorganisation, WALHI, und den Bauern von Karang Mendapo Unterstützung zugesagt, damit sie juristisch gegen den Landraub durch die Palmölgiganten vorgehen und Besitzurkunden für den Wald erkämpfen können, um diesen gegen die Abholzung zu schützen.

Die Insel Sumatra war Anfang Oktober 2009 von einem schweren Erdbeben betroffen, was die Kommunikation seither erschwert hat, so dass wir die Unterstützungsaktion aufschieben mussten. Sobald die Partnerorganisationen in

Indonesien wieder handlungsfähig sind, werden wir mit der Aktion fortfahren.
(vorgesehener Betrag: 45'000 Franken)



Landraub und Palmölplantagen: Die Produktion von Agrosprit zerstört die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung.

Foto: Rettet den Regenwald e.V.

Beitragsversprechen 3/2008: Bolivien «Was können wir von einem verfluchten Indio schon erwarten!»

Im Ausruf von Ruth Lozada vom rechtsbürgerlichen Frauenkomitee in Santa Cruz kommen die Verachtung und der Rassismus der Oberschicht in Bolivien gegenüber der indigenen Bevölkerung deutlich zum Ausdruck. Sie war es gewohnt zu herrschen, ja Teile der Landbevölkerung in Schuldknechtschaft schufte zu lassen. Doch mit der Wahl von Evo Morales, einem Indigenen, zum Präsidenten 2005 und seiner eindrucksvollen Bestätigung im August 2008 sowie mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung sind dieser Oligarchie zunehmend ihre Grenzen aufgezeigt worden. Ihre Ablehnung jeglichen Wandels kulminierte in einer Gewaltwelle gegen Indigene und staatliche Institutionen. Dem Einlenken von Präsident Morales ist es zu verdanken, dass Mitte Oktober 2008 eine modifizierte Version der neuen Verfassung von mehr als zwei Dritteln des Parlamentes verabschiedet und in der Volksabstimmung vom 25. Januar 2009 mit 60 Prozent bestätigt worden ist. Damit eröffnet sich die Möglichkeit, dass die Bevölkerungsmehrheit der Indigenen zu mehr Rechten kommt, dass die Rohstoffeinkünfte allen zugute kommen und dass die Agrarreform umgesetzt wird.

Der SOLIFONDS unterstützte die Informations- und Mobilisierungskampagne der Kleinbauerngewerkschaft CSCB sowie jene des Frauenkomitees der Landlosenbewegung MST. (30'800 Franken)



Die neue Verfassung ist ein wichtiger Schritt in Richtung partizipative Demokratie.
Foto: Archiv

1.-Mai-Aktion 2009: Peruanische Minenarbeiter – «Wir zahlen nicht für die Glencore-Verluste!»

Zahlreich folgten am vergangenen 22. März die Kleinbauern, Minenarbeiter und Einwohnerinnen von Chicla, einem kleinen Ort in den Anden auf 3700 Metern Höhe gelegen, drei Autostunden von der peruanischen Hauptstadt Lima entfernt, dem Aufruf zu einer ausserordentlichen Versammlung. Denn es hätte einiges zu diskutieren gegeben, nachdem die drei auf Gemeindegebiet tätigen Minengesellschaften, darunter die dem Zuger Glencore-Konzern gehörende PERUBAR, Personal abgebaut hatten und ihre Steuergelder versiegt waren.



Rohstoffausbeutung: Gewinne für die Multis, gravierende Folgen für die ArbeiterInnen und die lokale Bevölkerung. Foto: Elena Muguruza

Doch sie wurden enttäuscht. Nur eine Minengesellschaft liess sich mit einer kurzen Erklärung verlauten, und Gemeindepäsident Felix Carlos tauchte erst gar nicht auf, denn der ist über seine Temporärfirma für Minenarbeiter zu sehr mit den Minengesellschaften verbandelt.

Die Probleme hatten sich seit Herbst 2008 zugespitzt, erklärte Janet Barzola, Präsidentin der nationalen Gewerkschaft der Minenfrauen CNMM (Central Nacional de la Mujer Minera). Der 24. November 2008 war für die rund 500 Arbeiter der Rosaura-Mine in Chicla ein schwarzer Tag. Die Eigentümerin PERUBAR verfügte kurz und bündig die Einstellung der Arbeiten und die Entlassung aller Mineros. Die Förderung von Zink sei wegen der gesunkenen Rohstoffpreise defizitär, argumentierte das Unternehmen. Zu diesem Zeitpunkt liefen gerade Verhandlungen über eine Klage, die die Gewerkschaft der Rosaura-Arbeiter wegen Verletzungen von arbeitsrechtlichen Verpflichtungen durch PERUBAR beim Arbeitsministerium eingereicht hatte. Gleichzeitig waren die letzten Vorbereitungen zur Gründung einer nationalen Branchengewerkschaft der Minenarbeiter im Gange, zu der sich verschiedene Betriebsgewerkschaften zusammenschliessen wollten. Am 10. Dezember 2008, dem internationalen Menschenrechtstag, sollte der Gründungskongress stattfinden. Die Gewerkschaft der Rosaura-Mine hatte in diesem Prozess eine führende Rolle inne. Die Schliessung von Rosaura und die Entlassung der Arbeiter verhinderte nun die Gewerkschaftsgründung. Gegen den heftigen Widerstand der Gemeindebehörden und der Minengewerkschaft der Festangestellten erteilte die Versammlung der CNMM ein Verhandlungsmandat.

Es waren die Frauen, die sich in erster Linie dafür eingesetzt hatten: «Noch nie hatten sie bisher über einen so klaren Vorschlag, der eine Plattform und einen Aktionsplan umfasste, abstimmen können.» Mit der Unterstützung des SOLIFONDS ging die CNMM an die Umsetzung. Die CNMM reichte Klagen beim Minenministerium (ungerechtfertigte Schliessung der Mine) und beim Arbeitsministerium (willkürliche Entlassungen) sowie dem OECD-Kontaktpunkt (Verletzung der OECD-Richtlinien) ein. Es sind langsame Prozesse, die zudem von PERUBAR/Glencore mit juristischen Manövern zusätzlich hinausgezögert werden. Aber die zu erwartenden Entscheide haben einen grundsätzlichen Charakter für ganz Peru. Und die CNMM ist überzeugt, dass sie gewinnen wird. Einen ersten kleinen positiven Schritt konnte sie im Sommer verzeichnen, das Minenministerium trat auf ihre Klage ein. Ausserdem ist im September die Gewerkschaft der temporären Minenarbeiter offiziell gegründet worden. (11'500 Franken)

Alle zwei Jahre versammeln sich in der südperuanischen Stadt Arequipa die Repräsentanten der weltweit grössten Minenunternehmen. Auch die diesjährige 19. Ausgabe dieses Treffens stiess auf Protest: Die CNMM war mit ihren Mitgliedern während des gesamten Kongresses mit Mani-



CNMM-Generalsekretärin Janet Barzola trägt den Kampf der MinenarbeiterInnen in die Medien. Foto: zVg

festationen präsent. An Seminaren mit Kollegen aus Kolumbien und Mexiko wurden gemeinsame Strategien gegen die Minenmultis geplant. Auch hier zeigte sich die CNMM als Frauenorganisation, die entschieden für Arbeits- und Sozialrechte sowie die Umwelt kämpft. (7'800 Franken)

1.-Mai-Aktion 2008: SADSAWU – Gewerkschaft der Hausangestellten in Südafrika

Aus den Rückstellungen der 1.-Mai-Aktion des Vorjahres konnte der SOLIFONDS weiterhin die SADSAWU unterstützen. Es ging dabei vor allem darum, mittels Mobilisierungen und Protestaktionen Druck auf Arbeitsministerium und Parlament auszuüben, um eine Erhöhung des Minimallohnes für die Hausangestellten und dessen effektive Auszahlung zu erreichen.

Eine zweite Kampagne richtete sich gegen die Temporärfirmen, die junge Frauen aus ländlichen Gebieten oder Immigrantinnen zu unmenschlichen Bedingungen an Haushalte vermitteln. SADSAWU erreichte, dass einige Temporärfirmen geschlossen wurden.

Der SOLIFONDS hat zudem der SADSAWU die Anschaffung eines Computers ermöglicht, so dass sie bessere Kommunikationsmöglichkeiten hat. (Total 9'100 Franken).



Myrtle Witbooi, Generalsekretärin der Hausangestelltengewerkschaft SADSAWU, an einem Treffen mit Mitgliedern. Foto: SADSAWU



Ohne unsere Beitragsversprechenden sowie Spenderinnen und Spender wären so viele Unterstützungsaktionen des SOLIFONDS nicht möglich.

Für Ihre Solidarität danken wir Ihnen allen ganz herzlich!

Weitere Aktionen

Kolumbien: Cabildos Emberá Katío – Protestmarsch der indigenen Völker

Im Oktober 2008, zeitgleich mit einem Streik der Zuckerrohrschneider (siehe unten), protestierte die indigene Bevölkerung Kolumbiens mit einer grossen, gemeinsamen Mobilisierung (Minga nacional por la vida y la dignidad) gegen die an ihnen begangenen Menschenrechtsverletzungen und forderte von der Regierung die Respektierung ihrer kulturellen, juristischen, politischen und sozialen Rechte. 18 der 102 in Kolumbien ansässigen Ethnien sind heute vom Aussterben bedroht. Wegen ihres Reichtums an Bodenschätzen und ihrer strategischen Bedeutung für geplante Infrastrukturprojekte sind die indigenen Territorien zu einem Kriegsschauplatz geworden, an welchem verschiedene bewaffnete Akteure um Kontrolle kämpfen. Mit seinem Beitrag ermöglichte der SOLIFONDS einer Delegation vom Volk der Emberá Katío die Teilnahme am Protestmarsch (Minga) in die Hauptstadt Bogotá. Die Emberá Katío haben für so genannte Entwicklungsprojekte – den Bau von Staudämmen – einen hohen Preis bezahlt: In den letzten Jahren ermordeten Paramilitärs fünf Führungspersonen und dreizehn Mitglieder ihrer Gemeinschaft. Durch den Bau eines geplanten weiteren Staudamms werden 50'000



Minga – eine kraftvolle Mobilisierung der Indigenen. Foto: zVg

Hektaren Urwald überflutet, dies entspricht der Hälfte des traditionellen Lebensraums der Emberá Katío. Gleichzeitig leiden sie unter der Militarisierung ihres Territoriums und der totalen Überwachung durch die Armee. Die traurige Bilanz der kraftvollen, aber friedlichen Protestaktionen im Rahmen der Minga: Fünf Indígenas wurden von Spezialeinheiten der Polizei getötet und mehr als 129 verletzt. (6274 Franken)

Kolumbien: Sinalcorteros – Streik der Zuckerrohrschneider

Im September traten rund 32'000 Zuckerrohrschneider und Angestellte der Zuckerfabriken im Departement Valle del Cauca in den Streik. Sie protestierten damit gegen miserable Arbeitsbedingungen und Hungerlöhne. Ihre zentrale Forderung war die Abschaffung der so genannten Arbeitskooperativen, die im Auftragsverhältnis arbeiten, und ihre direkte Anstellung durch die Betriebe. Denn die Kooperativenmitglieder müssen selber für ihre Altersvorsorge, die Sozialversicherung, für Arbeitswerkzeuge und Transport aufkommen. Sie werden nicht pro Stunde oder Monat, sondern pro Tonne geschnittenes Zuckerrohr bezahlt. Des-

halb arbeiten sie zwölf Stunden oder mehr am Tag, mit nur einem freien Tag im Monat.

Der Anbau von Zuckerrohr wird in Kolumbien durch die Regierung forciert. Aus Zuckerrohr wie aus Palmöl werden Agrotreibstoffe für den Export gewonnen. Der Streik der Zuckerrohrschneider wurde von Regierungsfunktionären heftig kritisiert, sie unterstellten den Protestierenden, dass die Guerrilla dahinterstecke. Armee und private Sicherheitsdienste griffen die Streikenden an und verletzten hundert Arbeiter. Die Diffamierung und Kriminalisierung der Streikenden sowie ihre menschliche und materielle Not führten gleichzeitig zu einer breiten nationalen und internationalen Solidarisierung, an der sich auch der SOLIFONDS mit einer Streikhilfe an die Gewerkschaft der Zuckerrohrschneider Sinalcorteros beteiligte.

Nach 56 Tagen und zähen Verhandlungen wurde der Streik beendet – mit einem Teilerfolg für die Arbeiter: Nebst einigen anderen Verbesserungen wurde die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden verkürzt und der Preis pro geschnittene Tonne Zuckerrohr um 11,5 Prozent erhöht. Wichtig war auch der politische und moralische Sieg: Den Zuckerrohrschneidern wird heute mit Respekt begegnet, und ihre Gewerkschaften gingen gestärkt aus dem Kampf hervor. (10'000 Franken)



Die harte Arbeit der Zuckerrohrschneider.

Foto: zVg

Brasilien: MAB – Amazonas-Kampagne der Staudammbetroffenen

Das Amazonasbecken ist eines der reichhaltigsten und vielfältigsten Ökosysteme der Welt, seine Bedeutung für das globale Klima und das ökologische Gleichgewicht sind heute unbestritten. Ein Drittel des weltweit noch existierenden Tropenwaldes und 30 Prozent aller bekannten Pflanzen- und Tierarten sowie 12 Prozent der weltweiten Süsswasserreserven finden sich hier; es ist der Lebensraum von 370 indigenen Völkern. Doch aufgrund ihres enormen wirtschaftlichen Potentials drohen immer mehr noch weitgehend intakte Teile dieser Region dem Profitstreben

zum Opfer zu fallen und unwiederruflich zerstört zu werden. Alljährlich werden 15'000 Quadratkilometer Regenwald abgeholzt, damit Platz entsteht für Viehweiden und riesige Monokulturen von Zuckerrohr, Eukalyptus und Soja. Die Ausbeutung der reichen Bodenschätze verursacht immense Umweltschäden, und der Bau immer neuer Staudämme für die Energiegewinnung überflutet riesige Waldflächen und beraubt die traditionellen FlussanwohnerInnen ihrer Lebensgrundlagen. Ein besonders eklatantes Beispiel ist der Tucuruí-Staudamm. Zwanzig Jahre nach dem Bau des ersten grossen Wasserkraftwerks in den Tropen warten Tausende von Familien noch immer auf Ersatzland und Elektrizität, während der weltgrösste Aluminiumproduzent Alcoa hier von subventioniertem Strom im Wert von jährlich 200 Millionen Dollar profitiert.

Der Movimento dos Atingidos por Barragens (MAB) kämpft für die Interessen der Staudambetroffenen und setzt sich für ein nachhaltiges Energiemodell ein. Ende Januar organisierte der MAB Volksversammlungen in drei Regionen, in denen neue Wasserkraftwerke geplant oder bereits im Bau sind – am Rio Madeira in Rondônia, in Tucuruí und Belo Monte, Pará sowie im Grenzgebiet von Tocantins und Maranhão. Die mehreren Hundert Teilnehmenden – direkt Betroffene, Umweltschützer, Vertreterinnen von Menschenrechtsorganisationen – diskutierten die Auswirkungen dieser Entwicklung und gemeinsame Forderungen an Unternehmen und Regierungsstellen. Am gleichzeitig stattfindenden Weltsozialforum in Belém wurde auch die Weltöffentlichkeit auf die Problematik aufmerksam gemacht. Der SOLIFONDS leistete einen Beitrag für Reisekosten und Verpflegung der TeilnehmerInnen sowie die Infrastruktur an den Versammlungsorten. (9825 Franken)

Paraguay: MAP – Aktionswoche für kleinbäuerliche Landwirtschaft

Die hoffnungsvolle Aufbruchstimmung nach der Wahl des ehemaligen Bischofs Lugo zum Präsidenten im letzten Jahr ist einer grossen Ernüchterung gewichen. Der erhoffte rasche und tiefgreifende soziale Wandel scheidet nicht nur an der geschlossenen Ablehnung der traditionellen Oligarchie von Grossgrundbesitzern, Mafia und Schmugglern, sondern auch an einer mangelhaft organisierten gesellschaftlichen Basis für diesen Veränderungsprozess. Das grösste Problem der neuen Regierung sind die Altlasten des vorhergehenden Systems und dessen Kontinuität in Parlament und Justizapparat.

Die Kleinbauern- und Landlosenbewegung Movimento Agrario y Popular (MAP) organisierte im Juni zum vierten Mal die Gedenktage von Tekojoja. Diese Kleinbauerngemeinschaft hat erfolgreich – wenn auch um den Preis von zwei ermordeten Mitgliedern – für die Rückgabe ihres durch Sojaproduzenten geraubten Landes gekämpft, das sie heute kollektiv bewirtschaftet.

Die Gedenktage haben zum Ziel, das historische Gedächtnis des Kampfes für eine kleinbäuerliche Landwirtschaft und für den Schutz der Umwelt und gegen die Ausbreitung und Vergiftung durch die Sojamonokulturen aufrecht zu erhalten. In Workshops diskutierten die Teilnehmenden über die aktuelle Landwirtschaftspolitik auf nationaler und internationaler Ebene und lernten ihre sozialen und verfassungsmässigen Rechte kennen. Sie bekräftigten die Bedeutung des gemeinsamen Kampfes für eine integrale Agrarreform

und einen sozialen und politischen Wandel in Paraguay. Ein Höhepunkt war die Einweihung des Gemeinschaftsradios Tekojoja, das in Zukunft praktische Informationen zu Landwirtschaft, Gesundheit und Erziehung verbreiten wird sowie als Sprachrohr der Bewegung dient. An den Gedenktagen hatten auch die kleinbäuerliche Kultur und der Austausch von Erfahrungen und Saatgut einen Platz im Programm. Mit dem SOLIFONDS-Beitrag konnte das Material für die Workshops und für Fahnen und Plakate gekauft sowie die Kosten für Fotokopien, Telefon, Verpflegung und die Miete von Lautsprechern und Tischen und Stühlen gedeckt werden. (4385 Franken)



Tekojoja – ein wichtiger Schritt für die Durchsetzung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und der Ernährungssouveränität. Foto: MAP

Bangladesh: NGWF – Ramadan-Bonus-Kampagne

2,5 Millionen ArbeiterInnen – 85 Prozent davon Frauen – arbeiten in Bangladesh in Kleiderfabriken. Sie verdienen nur etwa halb so viel wie andere Arbeiter, und dies bei Arbeitstagen von 14 bis 16 Stunden und oft sieben Tage die Woche. Umso wichtiger ist für sie der Bonus in der Höhe eines Monatslohns am Ende des Fastenmonats Ramadan. Laut Verfassung haben alle ArbeiterInnen Anspruch auf diesen Bonus, in der Bekleidungsindustrie wurde er aber bis vor fünf Jahren kaum ausbezahlt. Nachdem sich die TextilarbeiterInnengewerkschaft NGWF wiederholt mit Kampagnen für die Auszahlung des Bonus eingesetzt hat, erhielten ihn im letzten Jahr rund 60 Prozent der ArbeiterInnen. Dieses Jahr befürchtete die Gewerkschaft, dass die Textilindustriellen die Krise zum Vorwand nehmen würden, um den Bonus nicht mehr auszuzahlen. Bereits hatten die Unternehmen versucht, Fabriken zu schliessen und ArbeiterInnen zu entlassen. Die Gewerkschaft führte deshalb eine verstärkte Kampagne zu Gunsten des Bonus durch, die vom SOLIFONDS unterstützt wurde. Während des Fastenmonats organisierte NGWF Pressekonferenzen, Versammlungen der TextilarbeiterInnen und Demonstrationen und verschickte Briefe an alle Textilfabriken sowie an das Arbeitsministerium. In einer gemeinsamen Aktion blockierten TextilarbeiterInnen zudem den Export-Verband der Textilindustrien (BGMEA). Als Resultat der Kampagne erhielten dieses Jahr über 80 Prozent der TextilarbeiterInnen einen Ramadan-Bonus. (4812 Franken)

Honduras: CUTH/Frente – Widerstand gegen Putsch

Am 28. Juni putschte das honduranische Militär in Übereinstimmung mit der Oligarchie gegen die demokratisch gewählte Regierung Zelaya und flog diesen ausser Landes. Die Putschisten hatten nicht mit dem heftigen Widerstand des Volkes gerechnet. Denn unter Präsident Zelaya hatte sich für die Mehrheit des Volkes eine demokratische Öffnung und soziale Besserstellung abzuzeichnen begonnen. Dafür ging die Bevölkerung, die sich im Frente Nacional de Resistencia contra el Golpe de Estado (Nationale Widerstandfront gegen den Staatsstreich) zusammengeschlossen hatte, auf die Strasse. An vorderster Front mit dabei die Gewerkschaften, beispielsweise der Dachverband CUTH. Militär und Polizei antworteten mit härtester Repression. Trotzdem gab der Frente nie auf.

Zum Zeitpunkt dieses Berichtes zeichnet sich eine Verhandlungslösung ab. Aber der Frente und die Bevölkerung wird auf die Forderung nach Demokratie und damit einer verfassungsgebenden Versammlung nicht aufgeben. (vgl. Artikel auf der letzten Seite) (10'000 Franken)



Die honduranischen Volksbewegungen leisten seit Monaten Widerstand gegen den Putsch. Foto: zVg

Guatemala: Sitopgema – Rechtshilfe

Die Arbeiter von Empagua haben ungewöhnliche Arbeitszeiten. Sie arbeiten durchgehend 24 Stunden und haben danach 48 Stunden frei. Gemäss Arbeitsgesetz müssten in diesem Falle für 12 Stunden Zuschläge bezahlt werden, konkret der doppelte Lohn. Empagua weigert sich seit langem, dem nachzukommen.

Deshalb hat SITOPGEMA (Gewerkschaft der Angestellten der Gemeindewasserwerke EMPAGUA von Guatemala Stadt) im März 2004 eine Klage eingereicht. Am 16. April 2008 hat die erste Gerichtsstanz diese Klage abgewiesen. Am 21. Juli 2008 hat die Appellationsinstanz die Gewerkschaftsklage gutgeheissen und das Unternehmen zur Bezahlung von 128 Extrastunden pro Monat verpflichtet. Dagegen hat EMPAGUA rekuriert, der Fall liegt nun beim Obersten Gericht. Dieses begann am 19. März 2009 mit der Behandlung des Falles.

SITOPGEMA hatte bis dahin alle Prozesskosten aus der eigenen Tasche bezahlt. Um die Kosten möglichst tief zu halten, haben die Gewerkschafter ausgewiesene Juristen

nur für die Ausarbeitung der Klagen beigezogen, vor Gericht sind sie selber aufgetreten. Dies war ein Nachteil, weil sie nicht rasch auf die Prozesstaktiken der Gegenseite reagieren konnten, ein wesentlicher Grund, weshalb der Prozess jetzt schon fünf Jahre dauert.

Der SOLIFONDS hat SITOPGEMA deshalb finanzielle Unterstützung gewährt. Sollte SITOPGEMA gewinnen, dann wird die Gewerkschaft den Beitrag von SOLIFONDS in einen Fonds legen, um andere gerichtliche Auseinandersetzungen von Gewerkschaften in Guatemala zu finanzieren. (4'450 Franken)

Hongkong: IMWU – Rechte der indonesischen Hausangestellten

Gemäss Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO arbeiten weltweit 100 Millionen Frauen als Hausangestellte. Sie gehören zu den am meisten ausgebeuteten Arbeitskräften in der globalen Wirtschaft. In Hongkong arbeiten rund 235'000 immigrierte Frauen als Hausangestellte. Die weitaus grösste Zahl von ihnen stammt aus den Philippinen (119'000) und aus Indonesien (108'000). Ihr Lohn ist zwar gesetzlich festgelegt, doch sie werden häufig von ihren Arbeitgebern schlecht behandelt und von den Vermittlungsagenturen schamlos ausgenützt.

Die Migrantinnen-Gewerkschaft IMWU (Indonesian Migrant Workers Union) kämpft zusammen mit anderen indonesischen Migrantinnen-Organisationen gegen ausbeuterische Vermittlungsagenturen und staatliche indonesische Regulierungen zum Schaden der Migrantinnen. IMWU wurde 1999 gegründet und zählt heute 6000 Mitglieder. Sie bietet ihren Mitgliedern Kurse an, zum Beispiel über geltende Arbeitsgesetze, ihre Rechte als Migrantinnen, Gesundheit und Frauenfragen, Reden in der Öffentlichkeit oder Führungsqualifikationen. Der SOLIFONDS hat in den Jahren 2008 und 2009 eine Anfangsfinanzierung geleistet, um ein Lokal zu mieten und eine Stelle zu schaffen. Dies soll es der Gewerkschaft, die bis anhin ausschliesslich auf der Basis von Freiwilligenarbeit funktioniert hat, erlauben, die Interessen ihrer Mitglieder wirkungsvoller zu vertreten, neue Mitglieder zu gewinnen und damit auch ein solideres finanzielles Fundament zu schaffen.

Die Unterstützung konnte mit Spenden für die 1.-Mai-Aktion 2008 und insbesondere mit der Unterstützung durch die Berti Wicke-Stiftung geleistet werden. (18'000 Franken, weitere vorgesehene Beiträge: 25'000 Franken)



Hausangestellte der Gewerkschaft IMWU diskutieren die geplante ILO-Konvention an ihrem sonntäglichen Treffen. Foto: Brigitte Anderegg

China: LAC – Unterstützung für silikosekranke Schmucksteinschleifer und ihre Familien

Mit einer zweckbestimmten Spende für chinesische Wanderarbeiter konnte der SOLIFONDS die Arbeit der Hongkonger Arbeitsrechtsorganisation Labour Action China (LAC) unterstützen. Mit LAC zusammen führt der SOLIFONDS schon seit mehreren Jahren eine Kampagne für die Rechte chinesischer Schmucksteinschleifer durch (siehe auch Information und Vernetzung).

Wegen der grossen Staubentwicklung und den ungenügenden Vorkehrungen zum Gesundheitsschutz in den Fabriken erkranken viele Arbeiter schon in jungen Jahren an der tödlichen Lungenkrankheit Silikose. Mit Unterstützung von Labour Action China und einer Starthilfe des SOLIFONDS haben neun ehemalige Schmucksteinschleifer drei Beratungszentren für Silikoseopfer und ihre Familien aufgebaut: eines im südchinesischen Shenzhen, wo die Schmuckindustrie angesiedelt ist, und zwei in Sichuan, der Heimatprovinz dieser Wanderarbeiter. Sie leisten juristische Beratung und ermutigen ihre Kollegen, für ihre Rechte zu kämpfen. Ausserdem haben sie einen Fonds eingerichtet, der 153 Kindern von erkrankten oder verstorbenen Schmucksteinschleifern den weiteren Schulbesuch ermöglicht. (4852 Franken)



Gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen in den chinesischen Schmucksteinschleifereien. Foto: LAC

SAH-Personalsolifonds: Brasilien – Kampf der Obdachlosenbewegung

In den meisten brasilianischen Städten herrscht Wohnungsnot. Es fehlen insgesamt etwa acht Millionen bewohnbare Wohnungen. Gleichzeitig stehen über sechseinhalb Millionen Wohneinheiten leer. Weitere elf Millionen Wohnungen sind nicht oder nur zum Teil an die Strom-, Wasser- und Abwasserversorgung angeschlossen.

Die Zwanzig-Millionen-Stadt São Paulo ist ein Abbild dieser dramatischen Situation: Hier leben über drei Millionen Menschen in Elendsvierteln und weitere drei Millionen in prekären Wohnverhältnissen. Ursachen sind die niedrigen Löhne, die weit verbreitete Arbeitslosigkeit und die Immobilienspekulation.

In São Paulo setzt sich das Movimento «Sem Teto do Centro» (MSTC) – eine von mehreren Obdachlosenbewegungen – dafür ein, dass alle ein Dach über dem Kopf haben. Zwar ist das Recht auf Wohnen in der brasilianischen Verfassung verankert, es werden aber zu wenig öffentliche Gelder für Wohnförderprogramme für arme Bevölkerungsschichten eingesetzt, so dass die Bedürfnisse längst nicht abgedeckt sind. 5000 Familien haben sich deshalb im MSTC zusammengeschlossen, um mit Druck eine sozialere Wohnungspolitik zu erzwingen. Sie besetzen ungenutzte Gebäude und Grundstücke und setzen sich für ihre Rechte ein. Das MSTC organisiert Mobilisierungen, grosse Hausbesetzungen und verhandelt mit den Behörden, damit diese Wohnraum zur Verfügung stellen.

2009 hat sich eine wichtige Unterstützungsorganisation der Obdachlosenbewegung zurückgezogen, womit letztere in eine Notsituation geriet, denn eine Ersatzfinanzierung steht erst für 2010 in Aussicht. Der SOLIFONDS hat deshalb einen Überbrückungsbeitrag geleistet. (10'800 Franken)



Prestes Maia in São Paulo – bis zur Räumung 2007 die grösste vertikale Besetzung Lateinamerikas. Foto: Maira Soares

Information und Vernetzung

Auf Einladung der Gewerkschaft Unia war der SOLIFONDS vom 9. bis 11. Oktober 2008 an deren Kongress in Lugano präsent; und zwei Wochen später am Parteitag der SP Schweiz in Aarau. Am 11. Dezember stellten wir unsere Arbeit den Mitgliedern der SP 11 in Zürich vor.

Es fanden mehrere Sitzungen zur Planung eines dritten Schweizerischen Sozialforums statt, das aber schliesslich nicht stattfand. Dafür hat der SOLIFONDS am 30. Januar das «Andere Davos» unterstützt und war mit Informationsmaterial präsent.

movendo-Kurs zu Globalisierung

Im Lehrgang «Management in gewerkschaftlichen Organisationen» des Bildungsinstituts der Gewerkschaften «movendo» führte der SOLIFONDS im Mai einen eineinhalbtägigen Kurs zu Globalisierung und internationaler Solidarität durch.

JUSO Sommercamp 2./3.August

Die JungsozialistInnen hatten den SOLIFONDS eingeladen, an ihrem Sommercamp einen Workshop durchzuführen. Wir entschlossen uns, das Thema «Gemüse- und Früchteproduktion in Südspanien» aufzugreifen. So konnten wir anhand eines Beispiels mehrere zusammenhängende Aspekte der Globalisierung aufzeigen: Perspektivlosigkeit in Drittweltländern, Migration, Rassismus und Ausbeutung von Papierlosen, industrielle Landwirtschaftsproduktion und Umweltzerstörung; aber auch, wie sich die ArbeiterInnen organisieren und ihre Rechte verteidigen.

Siebzig JungsozialistInnen nahmen mit grossem Interesse an zwei Workshops teil und erhielten Informationen aus erster Hand. Der SOLIFONDS hatte Spitou Mendy, Senegalese und Sprecher der LandarbeiterInnengewerkschaft SOC-Almería eingeladen.

Gleichzeitig konnte der SOLIFONDS dem SOC auch eine Spende von 12'000 Franken der Unia für ihre gewerkschaftliche Bildungsarbeit weiterleiten.



Spitou Mendy an einem Workshop mit den JungsozialistInnen.
Foto: Urs Sekinger

MultiWatch

MultiWatch beobachtet die Tätigkeiten von multinationalen Konzernen, um Gesetzesverstösse, Menschenrechtsverletzungen und weitere problematische Praktiken öffentlich zu machen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Der SOLIFONDS engagiert sich im Vorstand von MultiWatch und hilft mit, die 2007 geschaffene 20-Prozent-Stelle zu finanzieren. Im vergangenen Jahr stand insbesondere die Erneuerung der Website und ihre kontinuierliche Aktualisierung im Vordergrund. Diskussionsstoff lieferte zudem der Konzern Nestlé, der die globalisierungskritische Gruppe attac, ein MultiWatch-Mitglied, durch die private Sicherheitsfirma Securitas hatte ausspionieren lassen.

NRO-Koordination Kolumbien

Der SOLIFONDS nimmt an der Koordination von Nicht-regierungsorganisationen teil, die in Kolumbien Projekte unterstützen – eine wichtige Stelle der Vernetzung und der gegenseitigen Information.

Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

Am 8. April wurde bekannt, dass Richterin Scheindlin in New York die Klagen der Apartheidopfer gutgeheissen hatte. Dieses Urteil ist ein Meilenstein für die Menschenrechte. Unternehmen sind demzufolge für ihre Beteiligung an schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen einklagbar.

Die Apartheidopfer hatten einen grossen Erfolg erreicht. Leider verneinte die Richterin die Verantwortung von Banken, weil es nicht möglich war, deren direkte Verbindung zu Menschenrechtsverletzungen nachzuweisen. Dies, obwohl gerade die UBS und die CS das Apartheidregime jahrelang unterstützt hatten.

Zahlreiche Dokumente finden sich auf der Website: www.apartheid-reparations.ch



Apartheidopfer fordern an einer Demonstration ihre Rechte ein.
Foto: Khulumani

Schmuckfabriken in Südchina: weisser Staub und schwarze Listen

Ende Juli reiste eine vom SOLIFONDS geleitete Delegation der Gewerkschaft Unia nach Südchina, um sich vor Ort ein Bild über die Arbeitsbedingungen in der Schmuckindustrie zu machen und mit silikosekranken ArbeiterInnen zu sprechen. Eingeladen hatte die Hongkonger Organisation Labour Action China (LAC), die mit dem SOLIFONDS und der Unia zusammen seit mehreren Jahren wiederholt bei der Basler Schmuck- und Uhrenmesse Baselworld vorstellig geworden ist und verlangt, dass Firmen von der Messteilnahme ausgeschlossen werden, die nachweislich Arbeitsgesetze missachten. Doch Baselworld stellt sich bis heute taub gegenüber dieser Forderung.

Die Delegation – von der Unia Nationalrat André Daguét und Verena Della Picca, der Work-Journalist Michael Stötzl sowie Brigitte Anderegg vom SOLIFONDS – war schockiert von den Arbeitsbedingungen in den informellen Werkstätten, wohin die gefährlichsten und schmutzigsten Arbeiten mehr und mehr ausgelagert werden. In den Fabriken sind die Zustände zwar etwas besser, doch wenn es ein Arbeiter wagt, vor Gericht seine Rechte einzuklagen, landet er auf einer schwarzen Liste. Beeindruckend war deshalb der Wille der chinesischen ArbeiterInnen, sich trotz Repressalien nicht unterkriegen zu lassen.

Nach ihrer Rückkehr machte die Delegation über die Medien und auf politischem Weg Druck auf die Baselworld, damit diese endlich ein klares Zeichen gegen fehlbare Firmen setzt.

Besuche

15.10. Dan Gallin und Brigitte Anderegg treffen in Genf Habib Guiza und Mohamed Chakroun vom unabhängigen tunesischen Gewerkschaftsbund CGTT (siehe Aktionen).

27.10. George Dor, Jubilee South Africa, legt auf seiner Europareise einen Halt in Zürich ein und informiert über die Kampagne gegen das Vorgehen von Platinminen in Südafrika.

4.11. Delegation aus dem Catatumbo, Kolumbien: Zusammen mit einer Vertreterin des Anwaltskollektivs «Luis Carlos Pérez» reisen je ein Vertreter einer Kleinbauern- und einer

Indigenen-Organisation durch Europa, um über die schwierige Menschenrechtslage in der an Rohstoffen reichen Gegend an der Grenze zu Venezuela zu informieren.

6.3. Treffen mit Rachid Malaoui, Generalsekretär der unabhängigen algerischen Gewerkschaft SNAPAP in Genf. Er erörtert die schwierige Lage in Algerien und Perspektiven einer solidarischen Zusammenarbeit.

18.3. Dina Nuryati, Serikat Buruh Migrans Indonesia SBMI. Dina machte im Rahmen einer von den internationalen Gewerkschaften organisierten Ausbildung einen Stage bei der ILO in Genf und kam uns in Zürich besuchen. Sie arbeitete früher als Hausangestellte in Hongkong, wo sie in der Gewerkschaft Indonesian Migrant Workers Union (IMWU), die heute vom SOLIFONDS unterstützt wird, aktiv war. Dann ging sie zurück nach Jakarta und engagiert sich seither in der Rückkehrerinnengewerkschaft SBMI.

30. April: Treffen in Genf mit Junya «Lek» Yimprasert von Thai Labour Campaign. Lek ist eine Aktivistin für Arbeitsrechte in Thailand. Sie hat auch eine Analyse über die politische Situation in ihrer Heimat verfasst, die beim SOLIFONDS erhältlich ist.

1. Mai: Treffen mit Ivaneti de Araujo, brasilianische Obdachlosenbewegung MSTC, bei Amnesty International in Bern (siehe Aktionen).

14. Mai: Infotreffen mit Janet Barzola, Minenfrauen Peru, bei MultWatch in Bern (siehe 1.Mai-Aktion).

18. Juni: Treffen mit Rabiou Diallo in Genf. Die Lage in Guinea nach dem Militärputsch war Thema, sowie die Rolle der Gewerkschaften für einen Übergang zur Demokratie.

24. Juni: Treffen mit Ayao Gbandjou von der BauarbeiterInnengewerkschaft FTBC in Togo zur bisherigen und künftigen Zusammenarbeit.

5./6. Oktober: Besuch von Monina Wong von Labour Action China (LAC) in Hong Kong: Monina berichtet über ihre Arbeit mit den an Sillikose erkrankten SchmucksteinschleiferInnen: die Beratungsstellen, die Forderung nach Kompensationszahlungen sowie nach Ausschluss der betroffenen Firmen von internationalen Schmuckmessen, beispielsweise in Basel. Vernetzung mit der Unia.



Delegation von SOLIFONDS und Unia bei einem Arbeitstreffen in Hong Kong. Foto: LAC



Monina Wong: Mehr Druck auf die Schmucksteinindustrie – auch in der Schweiz. Foto: Urs Sekinger

Wechsel im Koordinationsbüro

Brigitte Anderegg hat dem SOLIFONDS ein kompetentes und professionelles Gesicht gegeben



Am 18. September haben wir uns an einem Apéro von Brigitte Anderegg als Koordinatorin des SOLIFONDS verabschiedet. Brigitte begann ihre Arbeit im SOLIFONDS am 1. August 1990. Während 19 Jahren hat sie sich unablässig für den SOLIFONDS eingesetzt. Nun möchte sie sich nochmals einer neuen Tätigkeit zuwenden.

Was die Zuständigkeit für einzelne Länder oder Gebiete betraf, teilte sich Brigitte die Aufgaben mit ihrem Kollegen Urs Sekinger, der fast gleichzeitig mit ihr zum SOLIFONDS gestossen war. Brigitte war etwa in Lateinamerika für Kolumbien zuständig – keine einfache Aufgabe, wenn wir an die Probleme der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in diesem Land denken. Gewerkschafter und MenschenrechtsaktivistInnen, die man kennt, werden ermordet, ohne dass es eine klare Perspektive der Veränderung gibt. Immer wieder hat der SOLIFONDS so aufgrund der Kontakte von Brigitte Gewerkschaften und Bauernbewegungen in diesem Land unterstützt. Erwähnt werden muss auch Brigittes Mitarbeit im Verein Multi-Watch, der 2005 in Bern die Anhörung zur Politik Nestlés in Kolumbien durchgeführt hat. Besonders am Herzen lagen Brigitte aber auch die sozialen Bewegungen Brasiliens, weshalb sie auch zu Beginn ihrer Arbeit im SOLIFONDS die portugiesische Sprache erlernte. Brigitte hat wichtige Kontakte zu der Landlosenbewegung, dem MST, und auch zum MAB, zur Bewegung der Staudambetroffenen, aufgebaut. Am Weltsozialforum in Porto Alegre in Brasilien konnte ich immer wieder feststellen, wie viele Personen den SOLIFONDS und Brigitte kennen.

Ein weiteres Arbeitsgebiet von Brigitte war Zentralamerika, wo ihr die Unterstützung der Arbeiterinnen in den Freien Exportzonen ein grosses Anliegen war. Die Rechte von Frauen hat Brigitte zu einem wichtigen Arbeitsgebiet gemacht. Dies beispielsweise in «ihren» Ländern in Asien, wo in Afghanistan Organisationen unterstützt wurden, welche für Frauen- und Menschenrechte kämpfen, oder in

Bangladesh die Textilarbeiterinnen in den Freien Exportzonen. In Indien hat Brigitte intensive Beziehungen zur Landlosenbewegung Ekta Parishad aufgebaut, welche im selben Jahr gegründet wurde, in dem Brigitte ihre Arbeit im SOLIFONDS aufgenommen hat. Selber hat sie auch an den eindrücklichen Märschen dieser Bewegung teilgenommen.

Ein spezielles Anliegen waren Brigitte auch die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Indonesien. Der SOLIFONDS hat in diesem Land unabhängige Gewerkschaften unterstützt, so etwa den Dockerstreik in Jakarta und die Kampagne für die Opfer der Suharto-Diktatur 1965-1998. Vielleicht erinnern sich einige noch an die Lesereise von Pramodya Amanta Toer in der Schweiz im März 2002. Verfolgt und jahrelang verbannt, hat er als bedeutender Schriftsteller Indonesiens seine Erlebnisse in der Strafkolonie in seinen Büchern eindrücklich geschildert. Diese Lesereise diente auch dazu, den Kampf für die Menschenrechte und die Demokratie in Indonesien bei uns in der Schweiz zum Thema zu machen.

Nicht zuletzt war Brigitte auch für Aktionen in China zuständig, wo der SOLIFONDS die an Silikose erkrankten SchmucksteinschleiferInnen unterstützt. Die von ihnen geschliffenen Edelsteine werden jedes Jahr an der Glamourmesse «Basel World» der High Society präsentiert. Noch im Juli dieses Jahres reiste Brigitte zusammen mit GewerkschafterInnen der Unia nach Südchina, um sich der Probleme dieser ArbeiterInnen anzunehmen und sie in der Schweiz bekannt zu machen.

Dies ein kleiner Ausschnitt aus Brigittes Arbeit im SOLIFONDS. Was wir alle an Brigitte besonders geschätzt haben, ist ihre Kollegialität, ihre Seriosität, ihre Zuverlässigkeit und ihre Kompetenzen. Sie hat für den SOLIFONDS nicht zuletzt auf Grund ihrer grossen Sprachkenntnisse ein wichtiges und weitgestecktes Beziehungsnetz aufgebaut. Vor allem aber hat sie dem SOLIFONDS ein seriöses und kompetentes Gesicht gegeben.

Brigitte, wir alle lassen dich nur ungern ziehen, aber wir verstehen auch deine Entscheidung, dass du in deinem Leben noch etwas anderes unternehmen willst.

Hans Schäppi, 23.10.09

«Ich danke Ihnen – liebe Beitragsversprechende, liebe Spenderinnen und Spender – für das Vertrauen, das Sie meiner Arbeit entgegengebracht haben, ausgedrückt durch Ihre Spenden und manch anerkennendes Wort.

Ich bin weiterhin überzeugt von den Zielen und der Notwendigkeit des SOLIFONDS und freue mich, dass wir mit Yvonne Zimmermann eine kompetente und engagierte Nachfolgerin gefunden haben.»

Brigitte Anderegg
im letzten Informationsbulletin



1. Mai 2005 – Brigitte an einem ihrer SOLIFONDS-Einsätze. Foto: SF

Yvonne Zimmermann freut sich auf die internationale Solidaritätsarbeit

Im September nahm Yvonne Zimmermann ihre Arbeit beim SOLIFONDS in reduziertem Umfang auf und wurde von Brigitte Anderegg in die Arbeit eingeführt. Seit Anfang Oktober arbeitet sie – wie ihr Kollege im Koordinationsbüro Urs Sekinger – zu 70 Prozenten. Im nachfolgend Gespräch mit ihm stellt sie sich näher vor.

Was hat dich gereizt, dich beim SOLIFONDS zu bewerben?

Ich hatte Lust, mich wieder stärker in der internationalen Solidaritätsarbeit zu engagieren. Mich überzeugt zudem die Zielsetzung des SOLIFONDS: Basisbewegungen und Gewerkschaften gezielt in politischen Aktionen, Kampagnen oder Streiks zu unterstützen. Ich denke etwa an die Landlosenbewegungen, die mit Besetzungen gegen die ungerechte Landverteilung angehen, an die Gewerkschaften der Hausangestellten oder der SchmucksteinschleiferInnen, die sich organisieren, um gerechte Arbeitsbedingungen einzufordern, oder an jene Bevölkerung von Gebieten, die sich gegen die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen durch Multis zur Wehr setzt.

Internationale Solidarität ist für dich kein Fremdwort.

Das stimmt. Mich interessiert die Arbeit im SOLIFONDS auch deswegen, weil ich mehrere Jahre in verschiedenen Ländern in Lateinamerika praktische Solidaritätsarbeit geleistet habe.

Es stellt sich immer auch die Frage, was die Aktionen oder Kampagnen konkret bringen. Was hast du für Erfahrungen gemacht?

Bei meiner Arbeit mit Bauernbewegungen in Ecuador ging es um Information und Mobilisierung gegen den damals geplanten Freihandelsraum der Amerikas (ALCA), der verheerende Auswirkungen auf die Überlebenschancen der Bauern und Bäuerinnen haben sollte. Mittelfristig haben diese Mobilisierungen dazu geführt, dass ALCA nicht umgesetzt werden konnte. In Bolivien sind die Bewegungen, mit denen ich zusammenarbeitete, in der Zwischenzeit in der Regierung vertreten. Erfolge von Aktionen und Mobilisierungen zeigen sich aber nicht immer sofort, oft braucht es jahrelange Arbeit...

Bewegungen in der Regierung – Wie hast du das in Bolivien erlebt?

Die indigenen Bewegungen in Bolivien sind über eine lange Zeit entstanden und gewachsen und haben einen Weg zurückgelegt, der sie vom Protest zur Übernahme der Regierung und zur Ausarbeitung einer gesellschaftlichen Alternative – unter anderem mit der Verfassungsgebenden Versammlung – geführt hat. Letzteres war ein sehr schwieriger Prozess, während dem die Bewegungen auch viele Abstriche machen mussten. Gleichzeitig war die Verfassungsgebende Versammlung ein enorm wichtiger Schritt, weil es dabei letztlich um die längst fällige Entkolonisierung und eine partizipative Demokratie geht.

Mit dem Wahlsieg 2005 sind die sozialen Bewegungen in gesellschaftliche Strukturen gelangt, von denen sie bis dahin ausgeschlossen waren. Sie sind an die politische Macht gelangt, ohne jedoch über die wirtschaftliche Macht zu verfügen. Kommt hinzu, dass Evo Morales' Regierung unter Dauerbeschuss der Oligarchie steht. Das alles schafft

enorm schwierige Bedingungen. Deshalb ist es von Bedeutung, dass die Bewegungen weiter als Bewegungen aktiv sind. Sie begnügen sich nicht damit, an der Macht beteiligt zu sein. Sie wollen erreichen, dass die Reichtümer des Landes allen zugute kommen, dass alle ein würdiges Leben führen und sich gleichberechtigt am politischen Prozess beteiligen können.



In Honduras ist der Hauptstreitpunkt ebenfalls eine Verfassungsgebende Versammlung.

Auch da geht es darum, dass die ausgeschlossene Mehrheitsbevölkerung, die Armen, in die Entscheidungsmechanismen eingreifen, dass der Staat auf ihre Bedürfnisse – und nicht diejenigen der Oligarchie und der Multis – zugeschnitten sein muss.

Du wirst auch Dossiers zu Asien übernehmen...

Das ist für mich Neuland, aber ich freue mich sehr darauf und bin daran interessiert, mich in dieses Gebiet einzuarbeiten. Nach einem ersten Planungswochenende zur indischen Landlosenbewegung Ekta Parishad im Oktober bin ich auch schon etwas dort gelandet.

Die SOLIFONDS-Kampagnen sind keine einfache Kost. Meist gilt es, den Spenderinnen und Spendern relativ komplexe politische Verhältnisse zu vermitteln. Denkst du, mit «internationaler Solidarität» können wir überhaupt noch ein Publikum ansprechen?

Ja, natürlich. Wichtig ist, dass wir über das Schlagwort hinausgehen und erklären, worum es konkret geht. Dass es Menschen sind, die handeln, Widerstand leisten, etwas Neues aufbauen. Die Thematik ist ja in vielen Bereichen ähnlich wie hier – beispielsweise wenn es um G8, IWF, WTO oder WEF geht. Wichtig ist, die Verbindung zu schaffen, den gemeinsamen Kampf ins Zentrum zu rücken.

Der SOLIFONDS verbindet mit deiner Wahl auch die Hoffnung, neue, jüngere Personen ansprechen zu können ...

... das höre ich nicht zum ersten Mal und ehrlich gesagt, ich muss immer etwas schmunzeln. Ich würde sagen, dass ist eher das Problem von euch «alten Füchsen». Ich habe den SOLIFONDS nie als verstaubt wahrgenommen, sondern sehr aktuell am Puls der sozialen Bewegungen.

Danke für dieses Kompliment und ich kann nur sagen, ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dir.

Yvonne Zimmermann (1971) hat Geschichte und Soziologie studiert, u.a. in Irland. Während rund dreier Jahre arbeitete sie mit Basisorganisationen in Lateinamerika. Mehrere Jahre war sie als Redaktorin tätig. 2007 und 2008 leitete sie die Kampagne «Euro 08 gegen Frauenhandel».

Solidarität als Auftrag und Perspektive

25 Jahre SOLIFONDS – Abschluss des Jubiläums



Am 2. Mai 2009 führte der SOLIFONDS im Volkshaus in Zürich eine Konferenz mit dem Thema «Alternative Entwicklungen in Lateinamerika – Perspektiven und Herausfor-

derungen» durch – und schloss mit dieser Veranstaltung das Jubiläumsjahr «25 Jahre SOLIFONDS» ab. Zu Gast waren Isabel Rauber aus Argentinien und Oscar Ugarteche aus Peru/Mexiko, die die Entwicklungen in Lateinamerika aus dem Blickwinkel der sozialen Bewegungen beziehungsweise aus ökonomischer Sicht darlegten.

Alternative Entwicklung von unten

Isabel Rauber betonte in ihrem Referat, dass eine gesellschaftliche Veränderung nur von unten geschaffen werden kann. Die Machtübernahme durch eine progressive Regierung, die sich von ihren Vorgängerinnen unterscheidet, reicht allein nicht aus – dies hielt sie mit Blick auf Länder wie Brasilien oder Chile fest. Vielmehr muss es, so Rauber, darum gehen, eine neue Praxis zu entwickeln, die eine tatsächliche Partizipation der bis anhin ausgeschlossenen Bevölkerungssektoren ermöglicht. Hier verwies sie insbesondere auf die Länder Bolivien und Ecuador, wo mit dem Erstarken der indigenen Bewegungen neue soziale AkteureInnen aufgetreten sind, die ihren Einbezug fordern und umsetzen – etwa mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die der bisher ausgeschlossenen Bevölkerung Rechnung trägt. In zahl-

«Die neue Welt wird in einem permanenten Veränderungsprozess erbaut»

Unter diesem Titel veröffentlichte der *vorwärts* am 15. Mai ein Interview mit Isabel Rauber. Auf die Frage nach der Bedeutung der Wahlsiege der Linken und auf den Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Lateinamerika angesprochen, meinte sie unter anderem:

«Im Zentrum steht der Kampf um das politische Bewusstsein. Die Menschen müssen lernen, ihre Lebens- und Verhaltensweisen zu verändern und solidarische Formen des Umgangs miteinander zu finden. Eine Revolution erfüllt sich nicht in der Machtübernahme, sondern darin, dass man die Menschen für die notwendigen Veränderungen gewinnt. Für eine Gesellschaft, die nicht auf den Markt ausgerichtet ist, sondern auf ein humanes Zusammenleben aller. Also für ein ganz anderes Selbstverständnis als jenes, das uns der Kapitalismus aufgezwungen hat.

Die Mächte, die uns bisher ausgebeutet haben, werden mit allen Mitteln zu verhindern versuchen, dass das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Stärke weiter wächst. Ob Lateinamerika weiterhin ausgeplündert wird oder wir eine alternative Integration durchsetzen können, liegt nun in der Verantwortung der jeweiligen Völker. La Lucha continúa!»

reichen Ländern haben die neuen sozialen Bewegungen – anders als die Bewegungen früherer Jahrzehnte – den Weg der Veränderung durch die Urne gewählt. Die linken Regierungen in diesen Ländern sind dabei primär ein Instrument, um die Gesellschaft zu verändern, anstelle eines Instruments der Macht. Eine alternative Entwicklung, in deren Zentrum die Bedürfnisse der Menschen, die Solidarität sowie die Respektierung der Umwelt stehen, kann laut Rauber nur von der Bevölkerung von unten, von der Basis her geschaffen werden.

Rauber wies eindringlich darauf hin, dass es in der Verantwortung der Basisbewegungen und ihren UnterstützerInnen ist, Alternativen zu entwickeln – und warnte gleichzeitig vor der Erstarken der extremen Rechten in Lateinamerika.

Autonome Wirtschaftspolitik des Südens

Anders als Isabel Rauber betrachtete Oscar Ugarteche die Entwicklungen mit mehr Distanz und stellte die wirtschaftliche Entwicklung in den Vordergrund. Er wies auf die Schwierigkeiten einer alternativen ökonomischen Entwicklung hin. So trifft etwa der Aufbau einer Bank des Südens (Banco Sur) auf die Schwierigkeiten einer grundlegenden Asymmetrie: Während Brasilien und Argentinien die Schwergewichte Südamerikas sind, haben andere Länder kaum ein wirtschaftliches Gewicht. Als weiteres grosses Hindernis kommt hinzu, dass die Währungsreserven weltweit in den vier Währungen Dollar, Euro, Pfund und Yen gehalten werden. Auf der Ebene der internationalen Finanzstrukturen geben weiterhin die Industrieländer des Nordens den Ton an. Und obwohl die Politik des Internationalen Währungsfonds – Privatisierungen, Handelsliberalisierung, Zollbeseitigung, Flexibilisierung der Arbeit, Finanzderegulierung etc. – gescheitert ist, fährt dieser mit seiner prozyklischen Politik weiter wie bisher. Ugarteche betonte, dass eine Bank des Südens mit dieser Politik brechen und in erster Linie die Autonomie des Südens garantieren müsste, das heisst beispielsweise die autonome Ernährungspolitik oder die Gesundheits- und Bildungspolitik. Der Ökonom wies weiter auf die Wichtigkeit der Bolivarischen Allianz für Amerika ALBA als System der Süd-Süd-Zusammenarbeit hin. Diese Kooperation der solidarischen Handelsbeziehungen müsse weitergeführt und ausgedehnt werden, insbesondere auf die politische Ebene.

Gemeinsamer Kampf für Alternativen

Einleitend zur Konferenz hatte SOLIFONDS-Präsident Hans Schäppi die wesentlichen Ursachen der aktuellen Krise und ihre Auswirkungen insbesondere auf die Länder des Südens skizziert. An Walden Bellos Konzept der De-Globalisierung erinnernd, strich er die Bedeutung von ALBA, Mercosur, Fondo Sur und Banco Sur als Alternativen gegen die Dominanz der imperialistischen Zentren hervor. Er warnte angesichts der Krise vor einem Rückfall in reaktionäre Nationalismen. Soll die Krise nicht in eine Neuauflage des Bisherigen münden, sondern Alternativen den Weg öffnen, dann gilt es, voneinander zu lernen, die Netze der Solidarität enger zu spannen und vor allem nicht zu vergessen, dass dieses Ziel nur durch einen gemeinsamen Kampf von der Basis her erreicht werden kann. Dies die Quintessenz unserer Konferenz und ein Auftrag an den SOLIFONDS für die kommenden Jahre.

Bilanz per 30.9.2009

Vorjahresvergleich

(in CHF)	Bilanz 30.9.2009	Bilanz 30.9.2008
Umlaufvermögen		
Kassa	17.65	196.70
Postcheck	66'121.59	11'121.78
Zürcher Kantonalbank – Depositenkonto	76'308.15	32'934.95
Zürcher Kantonalbank – Sparkonto	161'052.10	39'835.70
Zürcher Kantonalbank – Festgeld	0.00	120'000.00
Diverse Debitoren	3'517.85	7'917.35
Transitorische Aktiven	2'200.00	28'750.70
Anlagevermögen		
Depositkonto WOGENO	76'921.90	75'722.15
Mobilien + Einrichtung	3'000.00	3'000.00
Beteiligungen	0.00	1.00
Aktiven	389'139.24	319'480.33
Fremdkapital		
Diverse Kreditoren	15'911.82	155.55
Transitorische Passiven	16'200.00	15'200.00
SAH-Personal-Solifonds	106'466.80	74'872.05
Rückstellungen Aktionen		
BV 3/09 – Indonesien	25'211.50	0.00
1. Mai: Hongkong/Indonesien – IMWU	8'410.35	22'828.60
Aktionskasse	69'400.69	76'008.86
Rückstellungen allgemein		
Informationsarbeit	33'226.19	33'318.31
Recherchierfonds Schweiz – Südafrika	8'686.80	8'596.60
Rückstellungen für Personalkosten	0.00	8'600.00
Eigenkapital		
Stiftungsvermögen (Eingangsbilanz)	79'900.36	96'386.49
Jahresergebnis	25'724.73	- 16'486.13
Passiven	389'139.24	319'480.33

Wie finanziert der SOLIFONDS seine Unterstützungsaktionen?

Der SOLIFONDS bezieht keine staatlichen Gelder, sondern finanziert seine Unterstützungsaktionen ausschliesslich durch private Spenden. Im Detail sind dies:

Beitragsversprechen: im Voraus fest zugesicherte Spenden, die der Stiftungsrat dreimal im Jahr für eine bestimmte Aktion abrufen. Sie sind das wichtigste «Instrument» des SOLIFONDS, weil sie ihm erlauben, rasch auf dringende Unterstützungsgesuche zu reagieren. Der SOLIFONDS braucht mehr Beitragsversprechen! (siehe Talon auf der letzten Seite).

Spenden ergänzen die Beitragsversprechen. Sie sind je nach Wunsch der/des Spendenden zweckbestimmt oder zur freien Verfügung.

SAH-Personalsolifonds: Ein Teil der SAH-Angestellten zahlt freiwillig ein Lohnprozent in den Personalsolifonds. Daraus werden heute Projekte des SAH («International» und «Migration») sowie Aktionen des SOLIFONDS finanziert. Die Idee geht auf den Anfang der 1980er Jahre zurück. Die SAH-Angestellten wollten damit ein deutliches Zeichen für die Gründung des SOLIFONDS setzen.

Ausserdem erhält der SOLIFONDS punktuell Beiträge von **befreundeten Stiftungen** für spezifische Aktionen.

Der SOLIFONDS ist eine gemeinnützige Organisation. Spenden können von den Steuern abgezogen werden.

Der SOLIFONDS ist als gemeinnützige Organisation anerkannt und damit von der Steuerpflicht befreit (StHG, Art. 23 Abs. 1 Bst. f.). Die zuständigen Behörden des Kantons Neuchâtel (Sitzkanton des SOLIFONDS, Fonds de solidarité pour la lutte de libération sociale dans le tiers monde, so die offizielle Bezeichnung) haben dies 2005 bestätigt. Seit 2006 das «Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden» (StHG) in Kraft trat, sind Spenden an den SOLIFONDS in allen Kantonen abzugsfähig.

Für Ihre Spenden ab 100 Franken im Jahr 2009 erhalten Sie von uns anfangs 2010 automatisch eine Bestätigung zuhanden der Steuerbehörden.

Kommentar Jahresrechnung

Wir präsentieren die Jahresrechnung des SOLIFONDS gemäss Anforderungen der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht mit einem Vorjahresvergleich. Das ist bei der SOLIFONDS-Rechnung wegen der jährlich ändernden Aktionen nur möglich, wenn die Unterstützungsaktionen zu einer Gesamtsumme zusammengezogen werden. Die ausbezahlten Beträge für die einzelnen Unterstützungsaktionen stehen bei der Beschreibung im Text des Jahresberichts.

Falls Sie eine ausführliche Rechnung wünschen, so stellen wir Ihnen eine solche auf Anfrage gerne zu.

Der SOLIFONDS schliesst seine Jahresrechnung (per 30.9.2009) trotz Krise im Plus ab (25'724.73). So erfreulich dieses Resultat ist, muss festgestellt werden, dass es nur deshalb zustande kam, weil wir einen ausserordentlichen Ertrag von 52'000 Franken verbuchen konnten: 2009 wurde die Paracelsus AG, an der der SOLIFONDS beteiligt war, liquidiert, ihre Liegenschaft verkauft und der Verkaufserlös unter sozialen Organisationen aufgeteilt.

Die diesjährigen höheren Personalkosten sind das Resultat des Wechsels in der Besetzung der Koordinationsstelle. Neben Aufwendungen für die Stellenbesetzung schlägt hier auch die Einarbeitungszeit für die neue Koordinatorin zu Buche. Ausserdem wurde die Teuerung voll ausgeglichen.

Bei der Informationsarbeit sind ausserordentliche Aufwendungen für die Reisekosten eines Gewerkschaftsvertreters an zwei Workshops des JUSO-Sommercamps (1'200) und ein Zweijahresbeitrag an Multiwatch (4'000) zu verzeichnen. Ausserdem wirken sich die höheren Portokosten für unsere Versände aus. War es vordem möglich, das Informationsbulletin des SOLIFONDS zum Zeitungstarif zu versenden, so hat die Post ihre administrativen Auflagen so verschärft, dass dies zu massiv höheren Kosten geführt hätte. Deshalb versenden wir das Bulletin neu als B-Post-Massenversand.

Mit knapp 284'000 Franken konnten wir die Unterstützung für unsere Partnerorganisationen gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhen. Diese Zunahme war möglich, weil im Vergleich zum Vorjahr rund 30'000 Franken mehr an Beitragsversprechen einbezahlt worden sind. Die zweckgebundenen Spenden blieben auf Vorjahresniveau. Deutlich zurückgegangen

**Betriebsrechnung 1. Oktober 2008 – 30. September 2009
(mit Vorjahresvergleich)**

(in CHF)

	Rechnung 2008/2009	Rechnung 2007/2008
Beiträge Stifter	42'000.00	42'000.00
Beiträge Mitstifter	4'815.00	4'115.00
Zinserträge	3'708.70	4'738.35
Personalkosten	- 184'581.30	- 171'548.35
Betriebsaufwand	- 27'814.75	- 24'963.45
Zwischentotal	- 161'872.35	- 145'658.45
20% Projektbearbeitung	+ 48'585.80	+ 32'200.00
./. Veränderung Lohnrückstellung	+ 8'600.00	+ 7'200.00
Koordination	- 104'686.55	- 106'258.45
Einnahmen Informationsarbeit	700.00	1'211.00
Ausgaben Informationsarbeit	- 44'540.22	- 30'814.64
Einnahmen Konferenz (Jubiläum)	8'025.00	52'200.75
Ausgaben Konferenz (Jubiläum)	- 14'795.50	- 69'899.60
Einnahmen Recherchierfonds	90.20	1'323.50
Ausgaben Recherchen, Publikationen	0.00	- 9'118.60
Zwischentotal	- 50'520.52	- 55'097.59
10% Informationsarbeit Aktionen	+ 22'868.60	+ 15'100.00
Bezug Rückstellung Informationsarbeit	+ 14'808.07	+ 17'698.85
Einlage Rückstellung Recherchierfonds	- 90.20	+ 7'795.10
Informationsaufwand	- 12'934.05	- 14'503.64
Unterstützungsaktionen		
Beitragsversprechen	139'421.00	107'029.00
Zweckgebundene Spenden	111'543.05	111'190.95
Übrige Einnahmen	0.00	0.00
Unterstützungen an Partnerorganisationen	- 157'833.95	- 61'091.55
Zwischentotal	+ 93'130.10	+ 157'128.40
Projektbearbeitung	- 26'447.00	- 12'219.00
Informationsarbeit	- 13'224.00	- 6'109.00
./. Veränderung Rückstellungen	- 53'459.10	- 138'800.40
Total Beitragsversprechen	0.00	0.00
Spenden	26'818.45	34'527.65
Ausgaben 1.-Mai-Aktionen	- 29'594.25	- 31'893.95
Zwischentotal	- 2'775.80	+ 2'633.70
Projektbearbeitung	- 5'692.00	- 6'379.00
Informationsarbeit	- 2'845.60	- 3'190.00
./. Veränderung Rückstellungen	+ 11'313.40	+ 6'935.30
Total 1.-Mai-Aktion	0.00	0.00
Unterstützungen aus Aktionskasse	- 49'910.00	- 58'009.90
laufende Spenden	9'925.33	
Zwischentotal	- 39'984.67	- 58'009.90
Projektbearbeitung	- 9'982.00	- 11'602.00
Informationsarbeit	- 4'990.00	- 5'801.00
./. Veränderung Rückstellungen	+ 54'956.67	+ 75'412.90
Total Aktionskasse	0.00	0.00

(in CHF)	Rechnung 2008/2009	Rechnung 2007/2008
Beitrag SAH-Personalsolifonds	13'000.00	12'000.00
Ausgaben SAH-Personalsolifonds	- 10'800.00	- 10'000.00
Zwischentotal	+ 2'200.00	+ 2'000.00
Projektbearbeitung	- 2'200.00	- 2'000.00
Total SAH-Personalsolifonds	0.00	0.00
Spenden diverse Aktionen	38'007.50	38'462.85
Unterstützungen diverse Aktionen	- 34'937.65	- 38'462.85
Zwischentotal	+ 3'069.85	0.00
Projektbearbeitung	- 4'264.80	0.00
Informationsarbeit	- 1'809.00	0.00
./.. Veränderung Rückstellungen	+ 3'003.95	0.00
Total diverse Aktionen	0.00	0.00
Kleinstunterstützungen	- 500.00	- 2'700.00
Unterstützungsaktionen	- 500.00	- 2'700.00
Freie Spenden	+ 91'845.33	+ 106'975.96
Einnahmen aus Legaten	+ 34'715.95	0.00
Einlage in Infofonds	- 14'715.95	0.00
Einlage in Aktionsfonds	- 20'000.00	0.00
ERTRAG AUS LEGATEN	0.00	0.00
Ertrag aus Liquidation Paracelsus AG	+ 52'000.00	0.00
Gewinn(+)/Verlust(-)	+ 25'724.73	- 16'486.13
Gewinn (+) / Verlust (-)	+ 25'724.73	- 16'486.13
Veränderung Rückstellungen	- 4'416.84	+ 23'758.25
Cashflow (+) / Cashloss (-)	+ 21'307.89	+ 7'272.12

Bericht der Revisionsstelle zur Eingeschränkten Revision an den Stiftungsrat des Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der dritten Welt, Neuenburg (Solifonds)

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz und Betriebsrechnung) der Stiftung Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der dritten Welt (Solifonds) für das am 30. September 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Stiftungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Stiftungsurkunde entspricht.

Gelterkinden, 4. November 2009

BERO Treuhand AG, Roland Laube, Dipl. Wirtschaftsprüfer

sind die Spenden für die 1.-Mai-Aktion (-8'000) und die freien Spenden (-15'000).

Wiederum durfte der SOLIFONDS auf einen Beitrag der SAH-Kolleginnen aus deren Personal-Solifonds (13'000) und der Berti Wicke-Stiftung (20'000 für Hausangestellte in Hongkong/Indonesien) zählen.

Im Berichtsjahr erhielt der SOLIFONDS zwei Legate. Im Sinne eines sorgfältigen Umgangs mit Legaten hat der Stiftungsrat das eine (14'700) für die Informationsarbeit, das andere (20'000) für die Unterstützung von Partnerorganisationen (Aktionskasse) zurückgestellt.

Die Jahresrechnung 2008/2009 schliesst zwar positiv ab, doch ohne die ausserordentlichen Einkünfte wäre das Resultat eindeutig negativ gewesen. Der SOLIFONDS ist auf Beitragsversprechen, Spenden und Legate angewiesen. Das vergangene Jahr bestärkt uns in der Hoffnung, weiter auf Ihre Unterstützung zählen zu dürfen.

Die Rechnung im Überblick

Einnahmen

Stifter- und Mitstifterorganisationen	46'815.00
Einbezahlte Beitragsversprechen	139'421.00
Zweckgebundene Spenden	186'294.33
SAH-Personalsolifonds	13'000.00
Freie Spenden	91'845.33
Übrige Einnahmen	8'725.00
Zinserträge	3'708.70
Ausserordentlicher Ertrag	52'000.00
Legate	34'715.95
Rückstellungen	4'597.24
Total Einnahmen	581'122.55

Aufwand

Koordinationsaufwand	-212'396.05
Unterstützungsaktionen:	
- Information	-59'425.92
- Überweisungen Partnerorganisationen	-283'575.85
Total Ausgaben	-555'397.82

Überschuss 25'724.73

« Es geht nicht nur um Honduras, sondern um Lateinamerika. »

Anfang November hat der SOLIFONDS Wilmer Rickly, Vertreter der honduranischen Widerstandsbewegungen, getroffen. Ein Gespräch über den Putsch und den Widerstand dagegen.



Die Volksbewegungen fordern eine Verfassungsgebende Versammlung. Worum geht es?

Das bisherige System in Honduras ist gescheitert: 70 Prozent der Bevölkerung leben in Armut. Bisher haben sich zwei politische Parteien die Macht aufgeteilt, zehn Familien kontrollieren 90 Prozent des Reichtums und 99 Prozent der Medien. Sie haben während Jahrzehnten in absolutistischer Manier regiert.

Die «Widerstandskoordination», ein Zusammenschluss von Bauernbewegungen, Gewerkschaften, Frauenbewegungen und ökologischen Bewegungen, fordert eine Totalreform der Landesverfassung. Diese Forderung entstand vor sechs Jahren, um ein Freihandelsabkommen zu verhindern, das über unsere Verfassung gestellt werden und zu weitgehenden Privatisierungen, etwa des Wassers, führen sollte.

Orientiert sich diese Forderung an Ländern wie Bolivien oder Ecuador?

Was in Honduras passiert, steht in einem gesamt-lateinamerikanischen Zusammenhang. Es gibt Nuancen, aber die Stossrichtung ist die gleiche: Seit der Kolonie kontrollieren wenige Familien Wirtschaft und Politik, die indigene Bevölkerung ist über Jahrhunderte verachtet und diskriminiert worden. Dies gilt es zu ändern.

Wichtig ist, dass die Länder Lateinamerikas zusammenarbeiten. Honduras führt 90 Prozent seines Handels mit den USA, was eine grosse Abhängigkeit schafft. Nun werden vermehrt Handelsbeziehungen innerhalb Lateinamerikas aufgebaut.



Der SOLIFONDS ist unabhängig von öffentlichen Geldern. Er stützt sich allein auf die Solidarität seiner Spenderinnen und Spender.

Der SOLIFONDS braucht mehr Beitragsversprechen!

In vielen Fällen, beispielsweise bei einem Streik, bei Landbesetzungen oder bei Verhaftungen, muss der SOLIFONDS rasch und unbürokratisch auf Anfragen reagieren können. Dazu brauchen wir möglichst viele Beitragsversprechen: im Voraus zugesagte Spenden, die bei Bedarf maximal drei Mal pro Jahr durch den Stiftungsrat abgerufen werden können. So wissen Sie immer, wofür Ihre Spende verwendet wird.

Ich unterzeichne ein Beitragsversprechen und verpflichte mich, auf Abruf für eine Aktion Fr. _____ einzuzahlen.
(Maximal drei Mal pro Jahr. Gilt für zwei Jahre)

Vorname, Name

Adresse

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift

Der gewählte Präsident Manuel Zelaya hat das unterstützt.

Der Präsident, der einer der traditionellen Parteien angehört, hat die Forderungen der Volksbewegungen aufgenommen. So ist Honduras etwa der Bolivarischen Allianz (ALBA) beigetreten und hat diplomatische Beziehungen zu Kuba aufgenommen. Zelayas «Sünde» war, dass er wie der Präsident eines souveränen Landes entschieden hat. Das hat der alten Machtelite und den USA nicht gefallen. Deshalb kam es am 28. Juni zum Staatsstreich.

Seit Monaten leisten die Bewegungen Widerstand gegen den Putsch. Was bedeutet diese Mobilisierung?

Das Land ist nicht mehr dasselbe wie zuvor. Die Bevölkerung lässt sich nicht mehr einschüchtern, seit Monaten leistet sie gewaltfreien Widerstand. Zum ersten Mal in der Geschichte haben wir einen Putsch aufgehalten. Die Bevölkerung hat ihre Würde zurückerlangt und handelt als politisches Subjekt. Dies trotz der massiven Repression: Tausende wurden gefangen genommen, Hunderte von Frauen vergewaltigt, Dutzende Personen getötet. Doch der Widerstand dauert an und die Bevölkerung lässt sich ihre Hoffnung nicht nehmen. Die Putschregierung wird Ende November Wahlen durchführen. Die sozialen Bewegungen und Gewerkschaften boykottieren diese, unser Widerstand geht weiter.

Wie können wir die Volksbewegungen unterstützen?

Wir brauchen eine aktive Solidarität: Es ist wichtig, die Öffentlichkeit zu informieren, aufzuzeigen, dass die Wahlen Putschwahlen sind. Die Regierungen in Europa müssen aufgefordert werden, das Resultat nicht anzuerkennen. Es geht dabei nicht nur um die Demokratie in Honduras, sondern um ganz Lateinamerika.

Impressum:

Herausgeberin:

Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt».

Das SOLIFONDS-Informationsbulletin erscheint 5mal jährlich.

Redaktion: Brigitte Anderegg, Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich

SOLIFONDS, Quellenstrasse 25, Postfach, 8031 Zürich

Tel. 044 272 60 37 / Fax 044 272 11 18 / mail@solifonds.ch / www.solifonds.ch